

Medienkonferenz vom 17. August
«Kaufkraft stärken – Gewinne gerecht verteilen»
Lohnforderungen 2024

Historischer Reallohnverlust – die Kaufkraft muss gestärkt werden

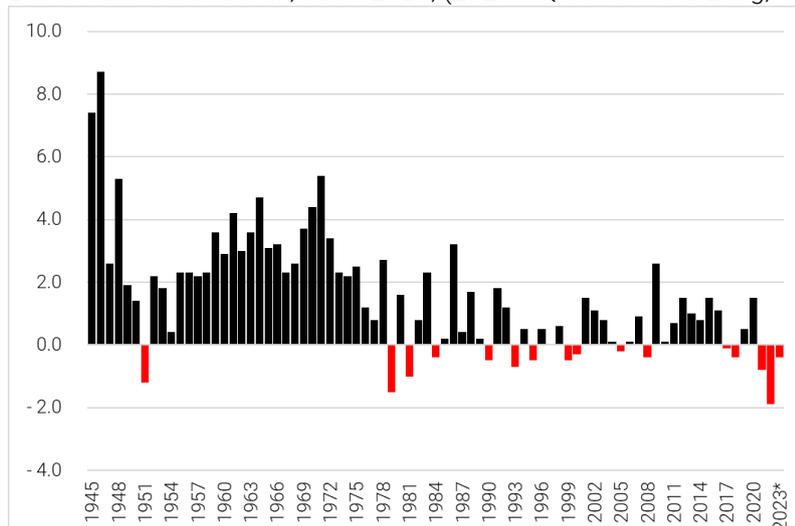
Redetext von Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik Travail.Suisse

Die Arbeitnehmenden in der Schweiz erleben derzeit zum ersten Mal in der Nachkriegszeit drei Jahre hintereinander Reallohnverluste. Damit sinken die Reallöhne unter das Niveau des Jahres 2015. Dies trotz stetig steigender Produktivität und anhaltend wachsenden Lebenshaltungskosten. Gegen die Krise der Kaufkraft braucht es zwingend Reallohnerhöhungen.

Die Schweizer Volkswirtschaft befindet sich seit drei Jahren im Aufschwung. Die Arbeitnehmenden aber, können sich immer weniger leisten. Seit drei Jahren sind die Reallöhne rückläufig. Das gab es in der gesamten Nachkriegszeit bisher nie. Der sich abzeichnende erneute Rückgang der Reallöhne im Jahr 2023 ist somit historisch.

Reallöhne – Wachstum zum Vorjahr in %

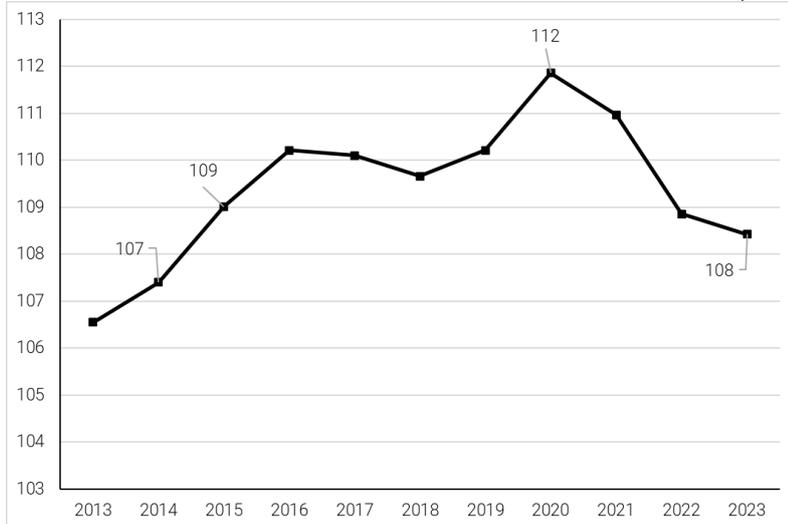
Bundesamt für Statistik, 1945-2023, (2023*=Quartalschätzung, Inflation 2.2%)



Die Reallöhne befinden sich als Folge der Rückgänge inzwischen auf dem Niveau des Jahres 2015.

Reallöhne Index 2013-2023

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Index (2003=100), 2013-2023



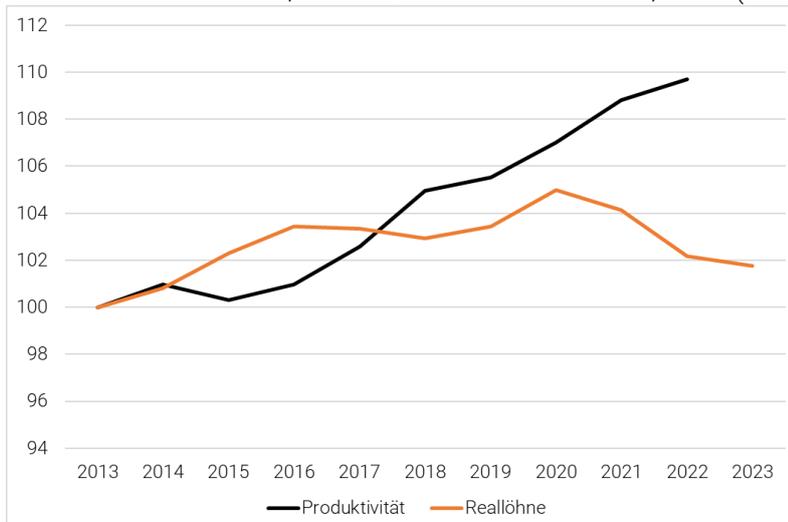
Aufschwung für die Arbeitgebenden

Vor allem während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Pandemie haben sich die Reallöhne der Arbeitnehmenden stark vermindert. «Es muss zuerst erarbeitet werden, was verteilt werden kann», wird von den Arbeitgebenden häufig gesagt. Wurde also im Aufschwung zu wenig erarbeitet? Erklärt sich die schwache Reallohnentwicklung dadurch, dass die Schweiz weniger produktiv geworden ist? Sind die Arbeitnehmenden faul und träge geworden?

Nein, die Produktivität ist in den letzten 10 Jahren um 10% gewachsen. Arbeitnehmende produzieren somit jedes Jahr durchschnittlich 1% mehr reale Wertschöpfung. Nur sind diese zusätzlichen Produktivitätsgewinne in den letzten drei Jahren nicht bei ihnen angekommen.

Reallöhne und Produktivität 2013-2023

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Index (2013=100)



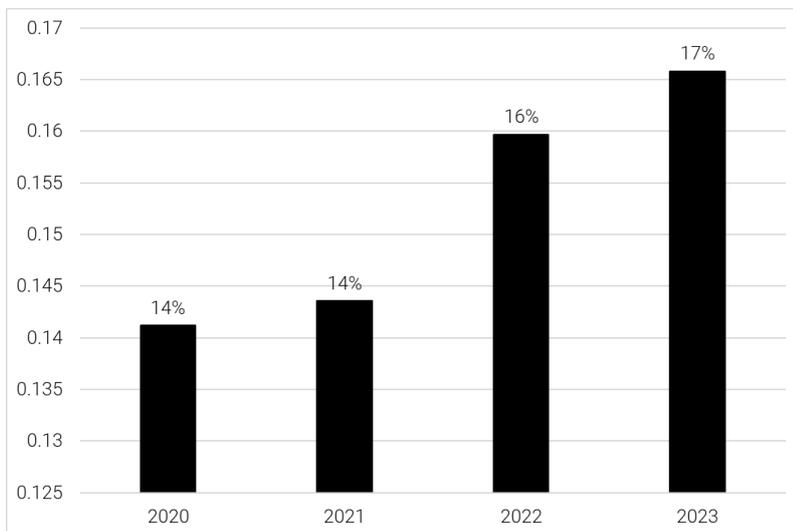
Ein Blick auf die drei Jahre nach der Pandemie zeigt, in welche Taschen die zusätzlichen Erträge geflossen sind:

- Im Jahr 2021 erholte sich die Schweiz rasch von der Pandemie. Das BIP-Wachstum betrug 4.2%. Die Produktivität stieg stark an und die Profite der Unternehmen erholten sich auf tiefem Niveau. Die Reallöhne aber sanken. Im ersten Jahr des Aufschwungs nach der Pandemie gingen die Erträge somit an die Arbeitgebenden.
- Im zweiten Jahr des Aufschwungs wuchs das reale BIP erneut deutlich um 2.1%. Allerdings stiegen auch die Energiepreise und die Arbeitgebenden konnten unter dem Vorwand hoher Kosten ihre Profite stark erhöhen. Die Reallöhne aber sanken erneut und zwar deutlich um fast 2%. Die Erträge im zweiten Jahr des Aufschwungs gingen somit an die in- und ausländischen Energieunternehmen und an die Arbeitgebenden in der Schweiz. Sie konnten ihre Profite dadurch auf das Niveau von vor der Pandemie anheben.
- Nun befinden wir uns im dritten Jahr des Aufschwungs. Die Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um etwa 1% wachsen. Die Profite der Unternehmen steigen weiter, während die Importpreise, also hauptsächlich die Energiekosten, rückläufig sind. Die Reallöhne aber dürften auch in diesem Jahr sinken. Die zusätzlichen Erträge gehen somit erneut an die Arbeitgebenden, welche ihre Profite inzwischen über das Niveau von vor der Pandemie anheben konnten.

Der Aufschwung nach der Pandemie war somit ein Aufschwung für die Arbeitgebenden und Aktionäre, mit finanziellen Verlusten für die Arbeitnehmenden.

Unternehmensgewinne im Verhältnis zu den Löhnen

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 2020-2023, jeweils 1. Quartal



Steigende Lebenshaltungskosten – Krankenkassenprämien und Mieten drücken zusätzlich

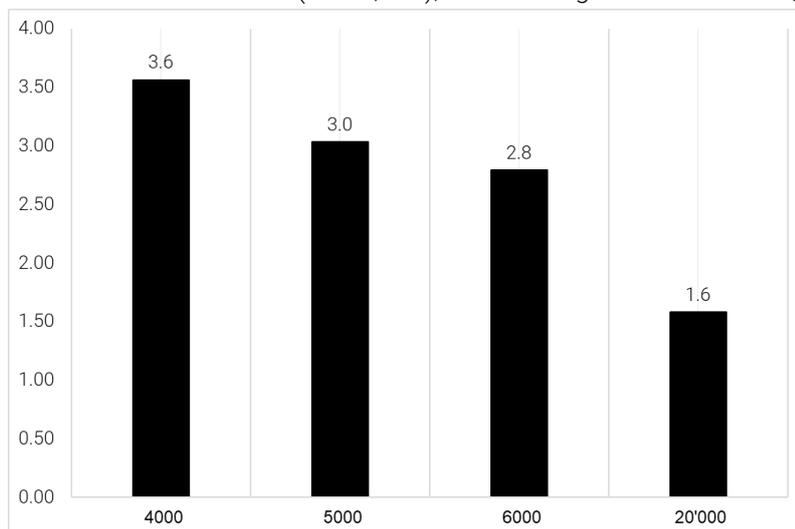
Die sinkenden Reallöhne zeigen aber nur eine Seite der Krise der Kaufkraft. Auf der anderen Seite verstärkt sich der Druck durch Kosten, welche nicht durch die Inflationsrate berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Krankenkassenprämien und die teilweise stark steigenden Mietpreise. Während die Reallöhne seit 2015 insgesamt stagniert haben, sind die Krankenkassenprämien in der Grundversicherung im gleichen Zeitraum um 23% gestiegen. Die prognostizierte Kostensteigerung von 6% im kommenden Jahr ist damit noch nicht berücksichtigt. Die wachsenden Kosten für die Krankenkassenprämien werden vom Konsumentenpreisindex nicht erfasst. Sie fallen zusätzlich ins Gewicht.

Etwas anders ist es bei den Mietpreisen. Sie werden grundsätzlich durch die Teuerung erfasst. Dies gilt jedoch nur für durchschnittliche Mietpreise. Diese haben aber vor allem für jüngere Arbeitnehmende, welche neu in eine Wohnung ziehen oder Arbeitnehmende, welche – beispielsweise aufgrund von Sanierungen – umziehen müssen, kaum Bedeutung. Für sie sind die Angebotsmieten entscheidend. Diese sind alleine in den letzten 12 Monaten um 3.3% gestiegen. Der Konsumentenpreisindex weist hingegen lediglich eine Steigerung von 1.3% auf. Die Kostensteigerung bei den Mieten liegt somit insbesondere für jüngere Arbeitnehmende deutlich über dem, was uns der Konsumentenpreisindex des Bundesamts für Statistik zeigt.

Travail.Suisse hat die zusätzlichen Lebenshaltungskosten für dieses und das nächste Jahr berechnet. Sie dürften bei Arbeitnehmenden mit tiefen und mittleren Einkommen in beiden Jahren jeweils um die 3% liegen. Damit sind sie vergleichbar mit den Zuwächsen bei den Lebenshaltungskosten im Jahr 2022. Dies vor allem deshalb, weil einerseits die Inflation weiterhin über 2% bleiben dürfte, andererseits, weil die Krankenkassenprämien deutlich stärker steigen.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach Einkommen 2024

Bundesamt für Statistik (HABE, LIK), Berechnungen Travail.Suisse, Zunahme in %



Die Forderung nach höheren Reallöhnen, welche unsere Verbände nachfolgend präsentieren werden, dienen somit nicht einfach dazu, den Arbeitnehmenden ein bisschen grosszügigere Ferien zu finanzieren oder einen besseren Staubsauger. Sie sind notwendig, um die höheren Kosten für Krankenkassen und teilweise auch für die Mieten finanzieren zu können.

Schluss: Arbeit muss sich lohnen

Die Krise der Kaufkraft setzt sich somit auch 2023 weiter fort. Aber diese Krise der Kaufkraft ist auch eine Krise der Arbeit. Über Jahre konnten Aktionäre und Immobilienspekulanten dank neuem Geld der Zentralbanken über die Finanzmärkte Milliarden abschöpfen, ganz ohne Wert zu schaffen. Mit den steigenden Zinsen und hohen Unternehmensgewinnen gehören erneut Aktionäre, Vermieter und Banken zu den Gewinnern. Erneut können höhere Einkommen in erster Linie über den Besitz und nicht über die Arbeit erwirtschaftet werden. Diese Entwicklung ist falsch und sie ist gefährlich. Wer arbeitet, schafft Wert und das soll auch finanziell anerkannt werden. Eine anständige Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen ist dafür unerlässlich.

Lohnforderungen der Journalist:innen

Es freut mich, bei den diesjährigen Lohnforderungen mit Ihnen beginnen zu können, sehr geehrte Medienschaffende. Folgende Lohnforderungen stellen wir im Namen von Impressum für die Medienbranche. Impressum verhandelt seit Jahren einen neuen GAV für die Journalistinnen und Journalisten für die Deutschschweiz und das Tessin und fordert in diesen Verhandlungen einen Mindestlohn von 5'863 CHF für angestellte Journalistinnen und Journalisten. Für freie Journalistinnen und Journalisten fordert Impressum ein Mindesthonorar von 610 CHF pro Tag. In diesem Jahr fordert Impressum zudem eine vollständige Anpassung der Löhne an die Teuerung.